

UNSERE

Finanzpolitik

einfach
besser!

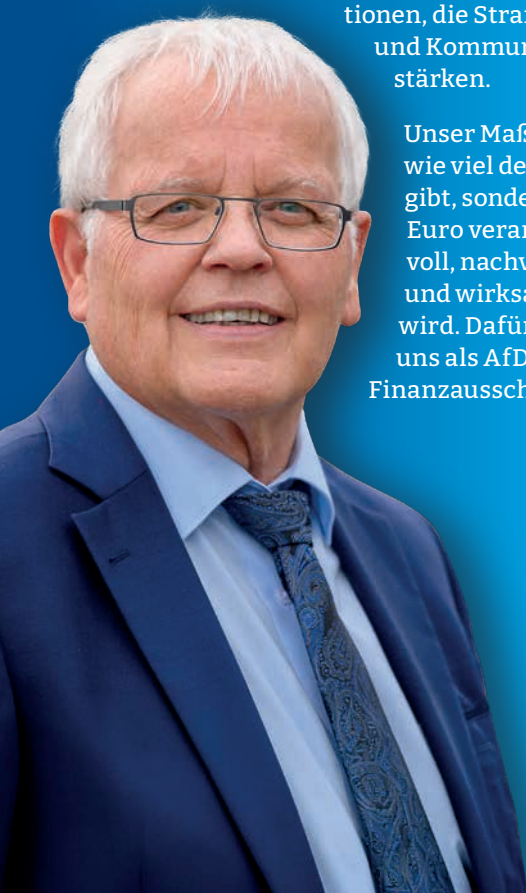
Solide Finanzen.
Starker Staat.

Steuergeld sinnvoll verwenden

Steuergeld ist das Geld der Bürger. Es darf nicht in immer größeren Verwaltungsapparaten, neuen Stellen des öffentlichen Dienstes und undurchsichtigen Sondertöpfen versickern.

Finanzpolitik beginnt deshalb mit einer einfachen Frage: Was leistet eine Ausgabe – und wo kann gespart werden? Baden-Württemberg braucht klare Prioritäten: tragfähige Finanzen, eine schlanke Landesverwaltung und Investitionen, die Straßen, Schulen und Kommunen wirklich stärken.

Unser Maßstab ist nicht, wie viel der Staat ausgibt, sondern ob jeder Euro verantwortungsvoll, nachvollziehbar und wirksam eingesetzt wird. Dafür setzen wir uns als AfD-Fraktion im Finanzausschuss ein.



Finanzen mit Verantwortung

Solide Finanzpolitik setzt klare Prioritäten, begrenzt Ausgaben und stärkt die Verantwortung von Land und Kommunen.

Unser Kurs

IM LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

-  Personalausgaben und Pensionslasten langfristig begrenzen
-  Mindestens 250 Stellen pro Jahr im öffentlichen Dienst einsparen
-  Ministerien auf sieben Ressorts reduzieren
-  Kreditfinanzierte „Sondervermögen“ lückenlos kontrollieren
-  Kommunale Steueranteile grundlegend erhöhen
-  Finanzkompetenzen von Ländern und Kommunen stärken



SCHLANKER STAAT

Personalausgaben bremsen

Die Personalausgaben des Landes sind seit 2015 um 37 Prozent gestiegen. Zugleich beliefen sich die Pensionsrückstellungen Ende 2023 auf 218,5 Milliarden Euro. Diese Verpflichtungen engen künftige Haushalte immer stärker ein. Außerdem hat sich die Vielzahl von Sonderbeauftragten des Landes über die Jahre zu einem kostspieligen Parallelapparat entwickelt, dessen politische Wirkung oft größer ist als seine tatsächliche Verwaltungsrelevanz.

Wir als AfD-Fraktion wollen deshalb nicht nur analysieren, sondern handeln: mit einem verbindlichen Stelleneinsparprogramm von mindestens 250 Stellen pro Jahr, einer klaren Verteilung dieser Einsparverpflichtung auf die Ressorts und mit wirksamen Kontrollmechanismen. So werden Personalausgaben langfristig begrenzt und zukünftige Verpflichtungen beherrschbar.

Weniger Ministerien – mehr Handlungsspielraum

Zwölf Ministerien bedeuten zwölf Leitungsapparate, zahlreiche Doppelstrukturen und lange Abstimmungswege. Die Landesregierung hält dennoch an dieser Anzahl der Fachressorts fest und bremst damit den dringend notwendigen Bürokratieabbau aus.

Wir wollen Ressortkompetenzen bündeln und die Zahl der Ministerien auf sieben reduzieren. Zuständigkeiten müssen klar und Prozesse kurz sein. Eine moderne Verwaltung braucht nicht immer neue Ebenen, sondern eine bessere Organisation. So entsteht ein schlanker Staat, der schneller entscheidet und seine Mittel auf die eigentlichen Aufgaben konzentriert. (Drs. 17/3576)

~~12 Ministerien~~

7 Ministerien ✓





MILLIARDEN BRAUCHEN KONTROLLE

„Sondervermögen“ streng kontrollieren

Mit einem kreditfinanzierten 500-Milliarden-Euro-„Sondervermögen“ will der Bund Infrastrukturprojekte finanzieren, wobei davon 100 Milliarden Euro für die Länder vorgesehen sind. 13,3 Milliarden Euro entfallen dabei auf Baden-Württemberg.

Gerade bei solchen gigantischen Summen braucht es lückenlose parlamentarische Kontrolle. Zweckentfremdungen müssen verhindert werden. Entscheidend sind zusätzliche, nachprüfbare Investitionen in eine belastbare Infrastruktur.

Als stärkste Oppositionsfraktion prüfen wir Mittelabfluss und Wirkung – und machen sichtbar, ob die angekündigten Milliarden tatsächlich beim Land und seinen Kommunen ankommen.

Finanzhoheit stärken

Städte und Gemeinden tragen einen großen Anteil der Daseinsvorsorge, doch werden ihre Handlungsmöglichkeiten durch knappe Einnahmen fortlaufend eingeschränkt. Gelegentliche Hilfszahlungen des Landes ersetzen keine dauerhafte, solide Finanzausstattung.

Wir als AfD-Fraktion wollen die Anteile der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern grundlegend erhöhen und ihre Selbstverwaltung stärken. Zugleich sollen die Länder mehr Kompetenzen in der Steuergesetzgebung erhalten – etwa größere Gestaltungsspielräume bei der Grunderwerbsteuer. Mehr Finanzhoheit vor Ort in Baden-Württemberg schafft Verantwortung und verringert die Abhängigkeit von Berlin.



einfach!
besser!

FÜR SIE IM ARBEITSKREIS

Finanzen



Emil **SÄNZE** | Joachim **KUHS** | Karlheinz **KOLB**
Andreas **AUER** | Udo **STEIN** (v.l.n.r.)

ONLINE MIT UNS VERNETZT & INFORMIERT

-  www.afd-fraktion-bw.de
-  youtube.com/AfDFraktionBadenWürttemberg
-  facebook.com/AfDFraktionBW
-  instagram.com/afd.fraktion.bw
-  twitter.com/AfDFraktionBW
-  tiktok.com/@afdfraktion.bw

Scan mich



AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart
presse@afd.landtag-bw.de



Impressum: V.i.S.d.P. Josef Walter, AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg,
Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart. Redaktionsschluss: 09/2026.
Kontakt: presse@afd.landtag-bw.de. Weitergabe ausdrücklich erwünscht.
Teile des verwendeten Bildmaterials wurden KI-generiert.